

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

6. Sitzung
am Donnerstag, dem 12. September 1996, 10.00 Uhr,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Holger Astrup (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Vorsitzender

in Vertretung
von Uwe Döring

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Landtagsverwaltung

MR Rüdiger Breitkopf

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/147	4
2.	Investitionsbankbericht 1995 Bericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein Drucksache 14/79	5
3.	Mehr Steuergerechtigkeit durch den Ausbau der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und des Vollstreckungswesens Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/157	6
4.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das II. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1996 Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdruck 14/124	9
5.	Information/Kenntnisnahme	10
6.	Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/147

Der Vorsitzende teilt mit, daß der an der Beratung des Antrages beteiligte Wirtschaftsausschuß den Antrag gestern in nichtöffentlicher und für vertraulich erklärter Sitzung beraten habe, und beantragt, im Finanzausschuß in derselben Weise zu verfahren. Der Ausschuß folgt diesem Antrag einstimmig. - Ein Protokoll wird nicht gefertigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Investitionsbankbericht 1995

Bericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Drucksache 14/79

Der Vorsitzende greift eine Bemerkung der Abg. Heinold auf und schlägt vor, den Investitionsbankbericht in der ersten Sitzung des Finanzausschusses nach den Herbstferien zusammen mit der Geschäftsleitung der Investitionsbank zu beraten. - Der Ausschuß folgt diesem Vorschlag.

P Dr. Korthals bittet, diese Beratung um einen Bericht über die Beteiligungspolitik der Investitionsbank zu erweitern.

Abg. Stritzl fragt, ob die Landesregierung beabsichtige, weitere Wirtschaftsförderungsprogramme aus der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums in die der Investitionsbank zu verlagern. St Dr. Lohmann teilt mit, daß das Kabinett die Ressorts aufgefordert habe, diese Problematik in sogenannten Schlichtungsgesprächen mit der Investitionsbank zu klären und eventuelle Korrekturen im Zuge der Nachschiebeliste vorzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Mehr Steuergerechtigkeit durch den Ausbau der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und des Vollstreckungswesens

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/157

Abg. Neugebauer fragt, inwieweit die Landesregierung die in den Diskussionsbeiträgen im Landtag zum Ausdruck gekommenen Erwartungen bereits umgesetzt habe, auf welche Weise die Landesregierung bemüht sei, daß die besonderen Anstrengungen Schleswig-Holsteins und anderer Bundesländer bei der Beitreibung ausstehender Steuern beim Bund-Länder-Finanzausgleich berücksichtigt werden, und wie die Landesregierung sicherstellen werde, daß für den Außendienst vorgesehene Mitarbeiter nicht etwa im Innendienst eingesetzt werden, um dort Personalengpässe zu beseitigen.

Abg. Stritzl möchte wissen, welchen Mehrbetrag die Landesregierung von der Betriebsprüfung pro zusätzlichem Prüfer erwarte.

St Dr. Lohmann verweist auf die Ausführungen von M Möller, wonach sich die Landesregierung von dem System FISKUS, das vermutlich von 1998 an eingeführt werde, eine nicht unerhebliche Arbeitserleichterung verspreche, und teilt weiter mit, daß in der Steuerfahndung das Soll von derzeit 60 auf 70 und in der Betriebsprüfung von 435 auf 470 erhöht werden werde; darüberhinaus sei vorgesehen, den mittleren Dienst zu verstärken und ihm eigenständige Aufgaben zu übertragen.

Was die Mehrbeträge im Rahmen der Betriebsprüfung betreffe, so gehe die Landesregierung derzeit von 100 Millionen DM pro Jahr aus - 1,5 Millionen DM je Betriebsprüfer -, von denen ein nicht geringer Teil beim Land Schleswig-Holstein verbleiben werde. Präzisere Angaben könnten jedoch im Zuge der Haushaltsberatungen gemacht werden.

Abg. Kubicki möchte wissen, ob trotz der Wiederbesetzungssperre die zügige und ordnungsgemäße Durchführung der Veranlagung in den Veranlagungsstellen gewährleistet sei. St Dr. Lohmann antwortet, daß die Wiederbesetzungssperre bei den Steuerbeamten nicht greife, weil sich das Land verpflichtet habe, alle Ausgebildeten einzustellen; demzufolge sehe der Haushaltsentwurf 140 zusätzliche kw-Stellen vor.

Abg. Kubicki spricht die Vorkommnisse in der NordLB und der WestLB an und fragt, ob Vergleichbares in Schleswig-Holstein zu verzeichnen sei. Schließlich erkundigt er sich danach, ob die Aufsichtsgremien ausschließen könnten, daß auch die Landesbank bezüglich der Steuervermeidungsstrategie in das Visier der Fahnder gerate. St Dr. Lohmann antwortet, er könne diese Frage nicht beantworten, und fügt hinzu, daß er dies auch nicht dürfte, selbst wenn er es könnte.

St Dr. Lohmann antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl, daß in die Betriebsprüfung selbstverständlich keine Neulinge aufgenommen würden, sondern nur erfahrene Kräfte.

St Dr. Lohmann greift eine Bemerkung des Abg. Neugebauer auf und teilt mit, daß Mecklenburg-Vorpommern sich einerseits weigere, in Schleswig-Holstein ausgebildete Betriebsprüfer in den Landesdienst zu übernehmen, gleichzeitig aber von Schleswig-Holstein die Abordnung von Betriebsprüfern erwarte. Eine Entscheidung in dieser Angelegenheit werde sicherlich noch in diesem Jahr fallen. Die Betriebsprüfung in Mecklenburg-Vorpommern - so betont St Dr. Lohmann - sei im übrigen wegen des Steueraufkommens im gesamten Bundesgebiet von nicht unerheblicher Bedeutung.

Abg. Stritzl fragt, welche Auswirkungen die Verstärkung der Betriebsprüfung auf den Prüfungsrhythmus habe. St Dr. Lohmann antwortet, daß die Landesregierung derartige Überlegungen nicht angestellt habe; dies falle in den Zuständigkeitsbereich der Oberfinanzdirektion und der Finanzämter. Auf einen Einwand des Vorsitzenden sagt er zu, die entsprechenden Daten abzufordern und dem Ausschuß bei der Beratung des Einzelplans 05 vorzulegen.

Abg. Stritzl spricht die Effizienzsteigerung bei den Außenprüfern an. St Dr. Lohmann teilt mit, daß dieses Problem im Zusammenhang mit der Aufgabenanalyse angegangen werde. Außerdem werde es Thema des für morgen anberaumten Gesprächs mit der Oberfinanzdirektion sein. Auf eine Frage des Abg. Neugebauer bestätigt St Dr. Lohmann, daß die Gesetzesflut der letzten Jahre nicht gerade zur Effizienzsteigerung beigetragen habe, ein Umstand, auf den M Möller bereits in der Plenardebatte hingewiesen habe.

Abg. Stritzl wiederholt die in der Plenardebatte von ihm angesprochene Kritik an den Beurteilungs- und Beförderungsrichtlinien des Landes auch unter dem Gesichtspunkt der Effizienzsteigerung der Steuerverwaltung. St. Dr. Lohmann wiederholt, daß die Landesregierung Überlegungen anstelle, inwieweit bei den nachgeordneten Behörden Modifikationen bei den Richtlinien möglich seien. Über das Ergebnis der Überlegungen werde der Finanzausschuß selbstverständlich umgehend unterrichtet werden. Der Vorsitzende hält es für erforderlich, diese Diskussion im Finanzausschuß zu gegebener Zeit zu führen, zumal die Landesregierung in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidung getroffen habe.

Der Vorsitzende stellt fest, daß damit die Beratungen über die Vorlage abgeschlossen sind.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das II. Vierteljahr
des Haushaltsjahres 1996**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
Umdruck 14/124

Ohne Diskussion nimmt der Ausschuß die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt den Umdruck 14/121 zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Vorsitzende gibt dem Ausschuß Kenntnis von einem Schreiben des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, worin dieser bittet, den Finanzminister zu veranlassen, "kurzfristig eine Aufspaltung der Haushaltsansätze entsprechend der früheren **Ressortschneidung** vorzulegen, um eine **Vergleichbarkeit der Ansätze zu früheren Haushalten** zu schaffen". St Dr. Lohmann erklärt dazu, daß die Landesregierung die Vergleichbarkeit in der Weise herstellen werde, daß die Aufschlüsselung nach der jetzigen Ressortschneidung vorgenommen werde. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge gehe er davon aus, daß die Vorlage dem Finanzausschuß noch vor den Herbstferien vorgelegt werden könne.

b) Abg. Heinold zeigt sich erstaunt darüber, daß die Landesregierung das am Wochenende vom Kabinett beschlossene **Gesamtkonzept für die Unterbringung von Landesministerien und Landesbehörden** nicht zur heutigen Sitzung vorgelegt habe. St Dr. Lohmann merkt an, daß das Kabinett lediglich eine "erste Lesung" durchgeführt habe und die weitere Beratung von einer Wirtschaftlichkeitsberechnung - unter Einbeziehung der Mietverträge und der zu veräußernden Objekte - abhängig mache.

Im Zuge einer kurzen Diskussion bittet Abg. Stritzl, den Finanzausschuß so rechtzeitig über das zur Verabschiedung anstehende Gesamtkonzept zu unterrichten, daß eine qualitative Mitsprache möglich sei. Der Vorsitzende schließt sich dieser Bitte an.

P Dr. Korthalts greift eine Bemerkung des Vorsitzenden auf und erklärt, daß sich der Landesrechnungshof mit dem Unterbringungskonzept beschäftigen und sich selbst dabei nicht ausnehmen werde; gleichzeitig bittet er den Finanzminister, die Unterbringung des Landesrechnungshofs in die Überlegungen über das Gesamtkonzept einzubeziehen. Abg. Neugebauer begrüßt diese Erklärung.

Abg. Neugebauer fragt, ob nach dem jetzigen Stand der Dinge davon ausgegangen werden könne, daß die Zahl der Gebäude für die Unterbringung von Landesministerien und Landesbehörden reduziert werde. - St Dr. Lohmann bejaht diese Frage.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11.25 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Protokoll- und Geschäftsführer